

„Passgenaues Rettungspaket nötig“

MdB Erhard Grundl zur Lage der Schausteller – Zehn-Punkte-Antrag

Der Straubinger MdB Erhard Grundl (Die Grünen) hat sich im Hinblick auf die coronabedingte Situation der Schaustellerbranche zu Wort gemeldet und auf seine Bemühungen mit der Grünen-Fraktion im Bundestag verwiesen.

Die laufenden Hilfsprogramme der Bundesregierung nehmen in Grundls Augen „die Lebensrealität der Veranstaltungsbranche und der darin Mitwirkenden bei weitem nicht ausreichend zur Kenntnis“, viele Betroffene fielen durchs Raster. Gemeinsam mit Grünen-Vorsitzendem Robert Habeck hat er ein Zehn-Punkte-Programm für die gebeutelte Veranstaltungswirtschaft vorgeschlagen, das sich in weiten Teilen mit dem deckt, was Andreas

Pfeffer, Vizepräsident des Bundesverbands Deutscher Schausteller und Marktkaufleute (BSM), für seine Berufskollegen anmahnt.

Im Tagblatt-Interview (in der Ausgabe vom 7. November) hatte Pfeffer ohne Beschönigung die prekäre Lage seiner Branche dargestellt. Gleichzeitig hat er positiv das offene Ohr der Abgeordneten der Region für die Schaustellerbranche gewürdigt.

Das von Grundl und Habeck ausgearbeitete Programm, das die Grünen-Fraktion voll unterstützt, fordert ein Überbrückungsprogramm für die Veranstaltungsbranche und zwar als monatlicher Zuschuss von mindestens zwei Prozent des letzten Jahresumsatzes für alle bedrohten Unternehmen der Veranstaltungs-

wirtschaft. Krisendialoge müssten verstetigt und dabei die Expertise der Branche gehört werden. Grundl und Habeck fordern regelmäßige Gesprächsrunden mit der Branche in den Parlamenten. Für Soloselbstständige halten sie die Einführung eines Existenzgeldes in Höhe von 1200 Euro pauschal und rückwirkend für angezeigt.

Infektionsschutz bei Veranstaltungen

Planungssicherheit sei wichtig für die Veranstaltungswirtschaft, deshalb brauche es einen Schutzschirm für den Neustart. Kreditprogramme müssen laut Grundl und Habeck angepasst werden und zwar mit Laufzeit und Bedingungen für

die Veranstaltungsbranche. Nicht minder EU-Beihilfen. Gleichzeitig gelte es Kulturorte rechtlich und finanziell zu stützen.

Für zielführend halten die Antragsteller die Schaffung einer zentralen Not-Anlaufstelle, wo Informationen über die Kulturhilfen von Bund und Ländern zu erhalten sind. Schließlich fordern sie die Ausweitung und Unterstützung der Forschung, um wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen zum Infektionsschutz bei Veranstaltungen. Und schließlich müsse man an die Zeit nach Corona denken und die gebeutelte Kultur-Branche sozial und wirtschaftlich besser abzusichern.

Grundl, kulturpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfrakti-

on, sieht die Existenz der Veranstaltungsbranche massiv gefährdet. Insgesamt stünden in Deutschlands sechstgrößtem Wirtschaftszweig mit 130 Milliarden Euro Umsatz eine Million Jobs auf dem Spiel. Die Veranstaltungsbranche habe überdies hohe Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Resonanz der Betroffenen auf den Zehn-Punkte Plan sei „wirklich sehr gut“, bilanziert Erhard Grundl. Das erfahre er gerade praktisch täglich. Er sei wie Robert Habeck in ständigem Austausch mit Vertretern der Veranstaltungsbranche wie mit Soloselbständigen ganz generell. „Acht Monate nach Beginn der Pandemie kommen so viele dieser Leute ans Ende ihrer Zuversicht.“ -mon-